

## GETRENNTE VERGANGENHEIT UND GEMEINSAME GESCHICHTE?

### *I.*

Die kurzlebige Debatte um eine deutsche Leitkultur, von manchen Kommentatoren als Leidkultur apostrophiert, mag auf den ersten Blick wenig mit meinem Thema zu tun haben. Sie verweist jedoch auf ein sehr deutsches Problem, das unmittelbar in die Schwierigkeiten des Umgangs mit der Vergangenheit führt. „Ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, ist lediglich eine Definitionsfrage“, stellte die Berliner Publizistin Sonja Margolina fest. „Was der Bundesrepublik jedoch fehlt, ist ein elementares Selbstverständnis als Nation, das alle Einwanderungsländer haben und die deshalb integrationsfähig sind.“ Nur eine Gesellschaft, die über eine gesicherte Identität verfüge, könne auch wirklich tolerant sein gegenüber anderen Kulturen im eigenen Land, ohne eine vage und wohl irreal Vision von Multi-Kulti realisieren zu wollen oder andererseits alte nationale Mythen wieder zu beleben. Dieses Plädoyer für ein selbstverständliches und unaufgeregtes nationales Bewusstsein leuchtet zwar ohne weiteres ein und würde die Debatte um eine deutsche Leitkultur weitgehend überflüssig machen – das ist sie wegen der fatalen Assoziationen ohnehin –, es ist aber bei näherem Hinsehen schwer umzusetzen. Die Gründe liegen in der jüngsten deutschen Geschichte. Lutz Niethammer hat am Ende seiner umfanglichen und von ihm selbst ironisch so charakterisierten „Suche nach der blauen Blume der Identität“ sogar empfohlen, versuchsweise auf den Begriff der kollektiven Identität zu verzichten und sich mit einer konkreten Verständigung über Zugehörigkeit und Affinitäten zu begnügen. So sympathisch mir der Appell ist, so wenig wird er fruchten.

Über nationale Identität wurde und wird weiter kontrovers diskutiert in Deutschland. In anderen Staaten, die über eine weniger gebrochene Tradition von Nation und Nationalstaat verfügen, ist das Thema in der Regel weniger strittig. Identität zielt, so viel lässt sich generell festhalten, auf die relative Konstanz von Mentalitäten, Verhaltensweisen, ideellen Orientierungen, auf ein rudimentäres gemeinsames Selbstverständnis. Nicht nur Individuen, auch Gruppen und soziale Systeme haben eine Identität, die viel mit Geschichte zu tun hat. Insofern ist Identität nicht statisch, wie ein biologistisches Nationsverständnis suggeriert, sondern veränderbar und dynamisch.

Dass der Nationsbegriff in Deutschland unmittelbar nach 1945 zunächst einmal gründlich diskreditiert war, gehörte zum gemeinsamen Erbe beider deutscher Provisorien. Sie setzten sich damit in unterschiedlicher Weise auseinander, beanspruchten aber beide, jeweils der legitime Repräsentant des Ganzen zu sein. Die nationalistischen Töne der frühen SED-Propaganda waren penetrant. Die nationale Demagogie Kurt Schumachers war es ebenfalls, auch wenn sie subjektiv ehrlich und biographisch leicht erklärbar erscheint. Der „Normalverbraucher“ in Ost und West hatte andere Sorgen vor allem materieller Art, und die bürgerlichen Funktionselementen orientierten sich nach dem Desaster der braunen Vergangenheit lieber an westeuropäischen Visionen, die sowohl Sicherheit wie wirtschaftlichen Wohlstand versprachen. Die Europabegeisterung und die Öffnung nach Westen in der frühen Bundesrepublik ebneten einige Traditionslinien einer missbrauchten deutschen Nationalkultur ein. In der DDR geschah das auf andere Weise ebenfalls, aber der Rekurs auf die progressiven Traditionen des „nationalen Erbes“ war besonders in der hochstalinistischen Phase augenfällig und ergänzte komplementär die verordnete sozialistische Orientierung. Amerikanisierung und Sowjetisierung entwickelten in beiden Teilen Deutschlands eine sehr unterschiedliche Prägekraft und verdeckten trotz aller Propaganda für die nationale Einheit partiell die tatsächliche Rolle der Nation.

Der Kern des Nationalstaatsproblems waren nach 1945 nicht die Außengrenzen, sondern die Spaltung der Nation in zwei Staaten. Die Souveränitätserklärung und die doppelte Blockintegration der beiden deutschen Provisorien 1955 bedeuteten ohne Zweifel einen gravierenden Einschnitt in der Geschichte der deutschen Frage. Die Sowjetunion gab das politische Ziel einer Wiedervereinigung propagandistisch zunächst zwar nicht auf, verwies jedoch in internationalen Verhandlungen stets darauf, beide deutschen Staaten müssten ihr Verhältnis zueinander nun selber regeln. Wie hohl und vorgeschoben diese Argumentation war, offenbarte 1961 der Bau der Mauer in Berlin, zu dem die Sowjetunion erst spät ihre Zustimmung gegeben hatte, ohne den aber die Existenz der DDR auf dem Spiel stand.

Ironischerweise wurde dieser Höhepunkt des Kalten Krieges in Deutschland zum Ausgangspunkt einer neuen politischen Strategie und damit auch eines veränderten Verhältnisses zur nationalen Identität.

„Zwei Staaten in Deutschland“, die füreinander nicht Ausland sein, aber sich um ein „geregeltes Nebeneinander“ bemühen sollten – dies war die von Willy Brandt nach langen innenpolitischen Debatten erstmals 1969 offiziell verkündete deutschlandpolitische Zielsetzung. Der gewollte „Wandel durch Annäherung“ hatte durchaus die nationale Einheit zum Ziel, deckte sich aber nicht ohne weiteres mit der Wiederherstellung des Nationalstaates. Auf diese Differenz zielte W. Brandts oft zitierte Formulierung von der Wiedervereinigung als „Lebenslüge der Bundesrepublik“. Die Einheit der Nation als Kommunikationszusammenhang stand im Zentrum dieser Politik, nicht dagegen eine vorgegebene Form ihrer staatlichen Umsetzung.

Die Wahrnehmung der neuen Konstellation lief in Deutschland und Europa seit den siebziger Jahren jedoch schneller in eine andere Richtung als die Architekten der Neuen Ost- und Deutschlandpolitik beabsichtigt hatten. Die Zweistaatlichkeit verfestigte sich, der Nationalstaat verlor, sofern er überhaupt noch Ausstrahlungskraft besaß, weiter an Bedeutung. Die Stabilität der europäischen Nachkriegsordnung schien nicht

nur auf anerkannten Außengrenzen, sondern auch auf der internationalen Anerkennung zweier deutscher Staaten zu beruhen. Die Kontinuität dieser deutschlandpolitischen Linie blieb auch nach dem Regierungswechsel von 1982 viel stärker erhalten als manche Ankündigungen erwarten ließen.

Richtete sich somit die Bundesrepublik zunehmend in ihrer Doppelhaushälfte ein und verabschiedete sich von der Vorstellung eines Provisoriums, so galt dies in anderer Weise auch für die DDR. Die SED erklärte auf ihre Weise die deutsche Frage für gelöst, kreierte die abstruse Theorie einer eigenen sozialistischen Nation und strich alle Bezüge auf eine deutsche Nation 1974 aus der DDR-Verfassung, um auf diese Weise das definitive Ende eines deutschen Nationalstaats zu dokumentieren. Über Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung sagte das wenig aus, gleichwohl entwickelte das Faktum der Stabilisierung der Teilung insbesondere bei jüngeren Generationen eine eigene politische Dynamik. Anders als in der polnischen Dissidentenszene ist in der Bürgerrechtsbewegung der DDR bis zum Herbst 1989 nirgendwo in nennenswertem Maße die „deutsche Frage“ als nationalstaatliches Problem thematisiert worden. Die Ziele der Gruppen bezogen sich auf die Reform des Herrschaftssystems im Sinne eines „dritten Weges“. Dazu gehörte ohne Zweifel auch die Absage an das Prinzip der Abgrenzung und somit ein neues Verhältnis zu Westdeutschland. Über eine künftige staatliche Einheit wurde jedoch ebenso wenig diskutiert wie über die Ostgrenze. Insofern gab es ein signifikantes nationales Desinteresse in der Programmatik der Gruppen. Eben darin lag nicht zuletzt die Kluft zu einem großen Teil der Bevölkerung begründet, die hier offensichtlich anders dachte. Denn diese verwandelte in den Massendemonstrationen des Winters 1989 den Slogan „Wir sind das Volk“ bald in die Parole „Wir sind ein Volk“ und setzte damit das Thema der nationalen Einheit auf die politische Tagesordnung. Gleichwohl wäre es falsch, darin einen starken Indikator für ungebrochenes Nationalbewusstsein und „patriotische Kontinuität“ zu sehen.

Wichtiger dürfte gewesen sein – wie H. Zwahr festgestellt hat – dass die Öffnung der Mauer und die anschließenden millionenfachen Reisen nach dem Westen auch einen Zustand der tiefen Resignation über das ökonomische und ökologische Desaster der DDR produzierten. Aus der Misere konnte man nur durch westliche, das hieß westdeutsche Hilfe herauskommen. Insofern enthielt die Parole „Wir sind ein Volk“ vor allem eine ausgeprägte soziale Komponente im Hinblick auf die erwartete Hilfe.

Ohne Zweifel hat die Teilung für die Bevölkerung der DDR ein ungleich größeres Gewicht als für die Bewohner der Bundesrepublik gehabt. Gleichwohl lässt sich kaum bestreiten, dass die Mehrheit in beiden Teilen sich prinzipiell mit der Zweistaatlichkeit abgefunden hatte. Nicht abgefunden hatten sich jedoch offenbar die DDR-Bürger mit einem eher wachsenden statt abnehmenden Wohlstandsgefälle und zudem mit einem starrsinnigen, zu Reformen unfähigen Regime, das innerhalb eines radikalen Reformprozesses in Osteuropa verzweifelt seine orthodoxen Positionen verteidigte.

Unterschwellig behielt jedoch die Nation in der Bevölkerung einen deutlich höheren Stellenwert als in der Bundesrepublik. Das mochte erstens mit dem altertümlichen Charakter und der verzögerten Modernisierung der DDR zusammenhängen. Traditionelle Wertvorstellungen hielten sich in vielen Bereichen in der Gesellschaft dauerhafter und erodierten langsamer als im Westen. Die Gründe waren zweitens ökonomischer und sozialer Natur. Nur nationale Zusammengehörigkeit versprach irgendwann Besserung der eigenen Lage. Nach den enttäuschten Erwartungen der sechziger und frühen siebziger Jahre gewann der Westen in den achtziger Jahren auf breiter Front erneut an Attraktivität. Von einer klaren Orientierung an nationaler Einheit war das alles dennoch weit entfernt.

Das vereinigte Deutschland musste sich nach 1990 nolens volens mit dem Nationalstaatsproblem auseinandersetzen. Der von linksliberalen Vertretern geforderte „Verfassungspatriotismus“ reichte offenkundig nicht mehr, als die Mauer gefallen war, der Trabi im Westen zum Liebling nationaler Emotionen

avancierte und die Euphorie der sich abzeichnenden staatlichen Vereinigung plötzlich bewusst machte, dass sich die große Mehrheit der nationalen Zweifler gründlich geirrt hatte.

Das Verhältnis von teilstaatlicher Entwicklung und gesamt-nationalem Bewusstsein durchlief also in der 40jährigen Teilungsgeschichte verschiedene Phasen, deren genaue Kenntnis wichtig ist, um die aktuellen Probleme mit der Einheit zu verstehen und die geforderten Selbstverständigungsprozesse zu erleichtern. Zwar resultieren die enormen Schwierigkeiten des Zusammenwachsens zu einem erheblichen Teil aus den unvermeidlichen und den vermeidbaren Fehlern der Politik seit 1990, aber eben auch aus einer vergleichsweise langen gemeinsamen Teilungsgeschichte. Dies wird uns jetzt viel deutlicher als vor 1989. Diese historische Perspektive unter neuem Blickwinkel zu bearbeiten und bewusst zu machen, gehört zu den vordringlichen Aufgaben der deutschen Zeitgeschichte und hat Konsequenzen für die Historiographie, die Didaktik und die politische Bildung.

Um dieses Thema von Gemeinsamkeit und Trennung genauer zu erfassen, möchte ich zunächst die Untersuchung der Historiographie als „Sonde“ wählen, um dann einige Themenfelder zu diskutieren und schließlich kurz auf konzeptionelle Probleme einer künftigen deutschen Nachkriegsgeschichte einzugehen.

## *II.*

Sofern sich Zeitgeschichte mit der Periode nach 1945 schon auseinandersetzte, war sie anfangs in beiden deutschen Historiographien mehr oder minder gesamtdeutsch orientiert, allerdings mit deutlichen Unterschieden. In der Bundesrepublik begann eine professionelle Beschäftigung mit der Nachkriegsgeschichte ohnehin spät, weil Weimar und NS als dominierende Themen das Feld beherrschten. Ein repräsentatives Beispiel ist die verbreitete Darstellung von Thilo Vogelsang von 1966 (dtv). Sie versuchte, west- und ostdeutsche Geschichte in den einzelnen Kapiteln miteinander zu verzahnen,

wobei die politische und außenpolitische Sicht stark dominierte und „das Schicksal Mitteldeutschlands“ (so Kap.6) sehr kursorisch behandelt wurde. Ähnlich war der ebenfalls in hohen Auflagenzahlen verbreitete und als Arbeitsbuch konzipierte Sammelband von Herbert Lilge „Deutschland 1945-1963“, erstmals 1967 im Verlag Literatur und Zeitgeschehen erschienen.

Die SED, für die Zeitgeschichte 1945 und nicht 1917 begann, startete deutlich früher. Zum 10. Jahrestag der DDR veröffentlichte Stefan Doernberg 1959 seine Darstellung der Entstehung der DDR „Die Geburt eines neuen Deutschland“ (1945-1949). Sie beschränkte sich de facto auf den östlichen Teil, dessen Geschichte jedoch dazu diente, „unserem heutigen Kampf für die restlose Lösung der nationalen Lebensfrage durch die Bändigung des deutschen Imperialismus und Militarismus, den Abschluss eines Friedensvertrages und die Schaffung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten als Vorstufe zur Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedliebender und demokratischer Grundlage“ die Orientierung zu liefern. Doernbergs „Kurze Geschichte der DDR“ von 1964 setzte dieses Konzept fort. Die maßgeblich von Walter Ulbricht initiierte „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in 8 Bänden von 1966 gab dann auch für die nationale Frage den verbindlichen Leittext vor, im postmodernen Jargon: die „Meistererzählung“. Mit dem von Honecker verordneten Abschied von der gemeinsamen Nation begann die zweite Phase. An den Grundlinien der Interpretation veränderte sich wenig, wenn man von der Debatte um das neu geschaffene Paradigma „Erbe und Tradition“ seit den späten siebziger Jahren absieht, das immerhin einen komplexeren Zugang auch zu den unbequemen Teilen der deutschen Geschichte erlaubte.

In der Bundesrepublik wurde DDR-Geschichte erst spät zu einem Forschungsgegenstand von Historikern. Bis in die siebziger Jahre war sie Domäne der Politologen und Soziologen. Parallel zur neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, der internationalen Anerkennung der DDR und den generationellen Verschiebungen in beiden Gesellschaften verselbständigte sich aber dann zunehmend die Geschichte der beiden

deutschen Staaten als Feld eigenständiger Untersuchungen. Viele Beispiele lassen sich dafür nennen. Das augenfälligste ist ohne Zweifel die repräsentative fünfbändige „Geschichte der Bundesrepublik“, die seit 1983 erschien. Zwar gab und gibt es keine verbindliche „Meistererzählung“, allenfalls im Plural, aber der Anspruch und möglicherweise auch die Form der finanziellen Förderung verlieh diesem opus auf Hochglanz-Papier in Leinen- oder Schweinsleder-Version doch ein besonderes Gewicht. Ich führe es hier als Beispiel dafür an, dass nicht nur die Nation geteilt war, sondern auch die Historiographie dem folgte. In der DDR war sie verordnet, in der Bundesrepublik bildete sie sich allmählich als Reflex auf eine veränderte politische Konstellation heraus. Im Vorwort von 1983 heißt es, dass deutsche Nachkriegsgeschichte immer die beiden deutschen Staaten umfasse, obwohl dies darstellerisch immer größere Probleme bereite, weil der Gang der Dinge in Ost und West immer weniger Gemeinsamkeiten aufweise. Trotz der Aufforderung der Präambel des Grundgesetzes solle aber, so die Autoren, allein die Geschichte des westlichen Teils erzählt werden, welche die Älteren erlebt und die Jüngeren geerbt hätten und die als Basis für ein eigenständiges Geschichtsbewusstsein diene. Ähnlich sah das Konzept für das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik“ in Bonn 1983 aus, mit delikaten Problemen, als 1990 die Einheit kam. Eine solche Sicht entsprach ohne Zweifel dem Bewusstsein der Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung und der vorherrschenden Perspektive ihrer Historiker. Gesamtdeutsches verkümmerte zunehmend zur ornamentalen Verzierung eines im Kern westdeutschen Geschichtsverständnisses. Die Geschichte der Bundesrepublik ließ sich problemlos unter weitestgehender Ausblendung der DDR erforschen und erzählen.

In westlichen DDR-Darstellungen behielten dagegen Verweise auf die westdeutsche Geschichte zwangsläufig ein etwas größeres Gewicht, da der Blick nach Westen zu den Kernbestandteilen jeder Untersuchung der DDR gehörte. Aber prinzipiell galt der gleiche konzeptionelle Befund vice versa wie der für die Bundesrepublik. Autoren wie Rolf Steininger scherten zwar aus, indem sie zumindest bis 1961 beide Teile berücksichtigten, aber miteinander verzahnt waren diese Teile nicht.

Das ebenfalls 1983 publizierte mehrbändige Sammelwerk von Wolfgang Benz ging noch einen Schritt weiter und formulierte explizit, die Geschichte der Bundesrepublik solle nicht als Nationalgeschichte und auch nicht „als larmoyanter Versuch, statt einer Nationalgeschichte die Geschichte der Teilung der Nation darzustellen“, angelegt werden. Ich selber habe 1982 ein Konzept bevorzugt, das damals keineswegs dem allgemeinen Trend entsprach, aber auch nicht von einem besonderen patriotischen oder gesamtdeutschen Impetus gespeist war. Es lässt sich bis 1949 als integrierte Darstellung und ab 1949 als Parallelgeschichte charakterisieren, wobei ich versucht habe, Periodisierungen so weit wie möglich ähnlich vorzunehmen und sachliche Äquivalente zu formulieren (z.B. Modernisierung in den sechziger Jahren). Es ging mir um spezifische Formen der erzwungenen oder gewollten Abgrenzung ebenso wie um offene und verdeckte Formen der Verflechtung und wechselseitigen Beeinflussung. Dies war und ist m. E. nach wie vor ein Kernproblem jeder deutschen Nachkriegsgeschichte. Es hat nach dem Ende der Teilung ein neues politisches Gewicht gewonnen, weil der Blick für solche Zusammenhänge nun geschärft wurde und neue Quellenmaterialien zugleich ermöglichen, ihnen genauer nachzugehen. Darauf ist gleich noch zurückzukommen. Als Fazit lässt sich auch für die Historiographie festhalten, was Edgar Wolfrum in seiner Analyse der Geschichtspolitik der Bundesrepublik resümiert: „Im Mai 1989 erreichte die Selbstanerkennung der Bundesrepublik ihre höchste Stufe. Die unzähligen politischen Reden zum 40. Jubiläum der Republik, aber auch demoskopisches Material bestätigen, dass die Bundesrepublik als ‚Nation‘ akzeptiert war; sie galt gleichermaßen als das Werk Adenauers wie der Linken....Ein Staat schien endlich angekommen und im Geschichtsbewusstsein seiner Bürger fest verankert zu sein – während gleichzeitig ungarische Grenzsoldaten damit begannen, den Eisernen Vorhang niederzureißen...“

Ich plädiere dafür, diese skizzenhaft angedeuteten Konzepte heute ohne Häme und Rechthaberei zu bilanzieren und zu historisieren. Sie spiegelten in der Tat politische Konstellationen und Bewusstseinslagen. Inhalte und Terminologie sind in vieler Hinsicht heute revisionsbedürftig, gleichwohl musste die

zeithistorische DDR-Forschung 1990 keineswegs beim Nullpunkt beginnen. Ein erheblicher Teil der auf relativ schmaler empirischer Basis entstandenen Geschichtsschreibung braucht nicht grundsätzlich, sondern nur in den Details revidiert zu werden. Dass sich die zuletzt vorherrschende Perspektive der dauerhaften Zweistaatlichkeit als falsch erwiesen hat, dass von Diktatur in der DDR oft wenig geredet und geschrieben wurde, obwohl jeder Berlin- oder DDR-Besucher ihre Mechanismen und Folgen hinreichend besichtigen konnte, ist Anlass zur Selbstkritik am westdeutschen (partiell) „schiefen DDR-Bild“, aber nicht zum Marsch zurück in die fünfziger Jahre, der neuerdings auf vielen Feldern historischer Urteilsbildung zu beobachten ist (z.B. beim Thema Widerstand). Dazu gehört auch die Diskussion der begrenzten Reichweite des Totalitarismusbegriffs. Eine größere Gefahr sehe ich in einer anderen Form der Blickveränderung: der teleologischen Interpretation der Nachkriegsgeschichte von 1990 her. DDR-Geschichte wird zur Untergangsgeschichte auf Raten. Damit lässt sich die potentielle Nationalgeschichte durch die Hintertür wieder einführen und die 40 Jahre DDR-Diktatur werden primär eine Geschichte der sowjetischen Fremdherrschaft. So suggestiv ein solcher Zugang sein mag, so problematisch scheint er mir, weil er die relative Offenheit des historischen Prozesses leugnet, ganz unterschiedliche Entwicklungsphasen unzulässig einebnet und divergierende erfahrungsgeschichtliche Befunde ignoriert.

Die Forderung nach einem neuen Gesamtkonzept zielt auf einen komplexeren Zugang. Das Begriffpaar „Abgrenzung und Verflechtung“ kann eine Konstellation andeuten, die auf die widersprüchlichen Formen der gemeinsamen und getrennten Vergangenheit verweist und im Detail noch wenig aufgearbeitet ist. Denn was für die DDR evident erscheint, gilt in weniger ausgeprägten Formen auch für die alte Bundesrepublik. Ihre Geschichte war stärker von der DDR beeinflusst, als Politologen und Historiker wahrgenommen haben. Das betrifft zunächst die direkten Versuche von SED, Stasi und Massenorganisationen, auf Entscheidungsprozesse der Politiker und Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung direkt einzuwirken. Spektakuläre Buchtitel wie „Die unterwanderte Republik“

spiegeln neben der Lust am Sensationellen die nachträgliche Angst gegenüber dem DDR-Einfluss in der Bundesrepublik. Obwohl erst die Öffnung der Archive des SED-Regimes dessen tatsächliche Rolle offengelegt hat, ist gegenüber solchen Urteilen Skepsis angebracht. Denn nicht nur das klägliche Ende eines schwer bewaffneten Unterdrückungsapparats, sondern auch genauere Analysen der mit hohem Aufwand betriebenen „Westarbeit“ von SED und FDGB sprechen gegen solche Vorstellungen. Interessanter, aber auch schwieriger zu erfassen ist dagegen der indirekte Einfluss, den die Existenz einer kommunistischen Diktatur im Rahmen einer gespaltenen Nation auf die innere Entwicklung und die politische Kultur der Bundesrepublik ausübte. Ebenso wie umgekehrt eine parlamentarische Demokratie mit prosperierender Wirtschaft eine kaum zu kontrollierende Magnetwirkung entfaltete, lässt sich an diesem Zusammenhang jene „asymmetrische Beziehungsgeschichte“ beider Staaten und Gesellschaften verfolgen, die den Kern eines Konzepts „gesamtdeutscher“ Nachkriegsgeschichte bilden kann. Sie ist komplexer als eine vom Ende der DDR her gedachte Nationalgeschichte, der zumindest in den letzten beiden Jahrzehnten die tatsächliche Basis fehlte. Sie geht aber auch über eine bloße Parallelgeschichte hinaus, indem sie dem „deutschen Sonderkonflikt“ im Rahmen des globalen Ost-West-Konflikts ein schärferes politisches und soziales Profil gibt.

Aus der breiten Palette von Themenfeldern, an denen sich dieser Zusammenhang untersuchen lässt, sollen hier lediglich einige skizziert werden.

### *III.*

Zu den signifikantesten Beispielen des Dualismus von Abgrenzung und Verflechtung gehört ohne Zweifel der Umgang mit der gemeinsamen Hypothek der NS-Vergangenheit. Der „verordnete Antifaschismus“ der DDR ist nach 1990 zu einem viel diskutierten Gegenstand der DDR-Geschichte geworden. Diese Formel zielt auf ein Kernstück der Legitimationsideologie der SED. Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“

als Vorgeschichte der DDR und die Feststellung im Artikel 6 der Verfassung der DDR von 1968, die DDR habe auf ihrem Gebiet „den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet“, dokumentierten diesen Anspruch ebenso wie die vielfältigen Formen der Ritualisierung des Antifaschismus und des Widerstandskampfes in Gedenkstätten, Traditionskabinetten, Feiertagen, Schulbüchern, Straßennamen usw. Die Basis dieser verkürzten Interpretation bildete ein Faschismusbild, das auf der angeblichen politischen Hauptverantwortung des Großkapitals und des Großgrundbesitzes fußte. Das einfache Volk galt als verführt und wurde damit weitgehend entlastet. Zugleich erlaubte diese Form der Kategorisierung der nationalsozialistischen Periode in Helden, Schurken und Mittläufer eine demonstrative Abgrenzung zur Bundesrepublik, in der angeblich nicht nur die alten sozialökonomischen Verhältnisse fortexistierten, sondern auch eine ungebrochene Kontinuität politisch belasteten Personals zu beobachten war. „Hitler, so schien es, ist ein Westdeutscher gewesen“, hat Peter Bender ironisch diese einseitige und schiefe Sicht charakterisiert. Mit dieser Zuspitzung konnte sich die SED um die Probleme der Kontinuität diktatorischer Unterdrückung unter neuen Vorzeichen herumdrücken. Die platten und propagandistisch verzerrten Formen dieses ritualisierten Antifaschismus, verbunden mit harscher Polemik gegen die „braune Bundesrepublik“ führten im Westen dazu, dass eine kritische Auseinandersetzung eher blockiert als gefördert wurde. Die Totalitarismustheorie erlaubte statt dessen, von den unübersehbaren Belastungen aus der Vergangenheit abzulenken und auf die „rote Diktatur“ der DDR zu verweisen, deren Anklagen damit von vornherein die Glaubwürdigkeit abgesprochen wurde. In einem politisch besonders belasteten Bereich der Historiographie, der „Ostforschung“, lässt sich dieser Zusammenhang in einer charakteristischen Zuspitzung verfolgen. Indem DDR-Historiker in äußerst polemischen Formen und auch mit entstellten Zitaten seit Mitte der fünfziger Jahre gegen „die Ostforscher“ vorgingen und grobe Kontinuitäten vom Mittelalter bis zu Adenauers Ostpolitik konstruierten, erleichterten sie die Abwehr und Verdrängung einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit historiographisch und politisch gravierenden Problemen. Wesentliche Fakten des spektakulären Streits auf dem

Frankfurter Historikertag 1998 hätten schon aus den DDR-Arbeiten der fünfziger und sechziger Jahre bekannt sein können, sie wurden aber lange Zeit ignoriert.

Ein weiteres Feld ist die Frauen- und Familienpolitik in beiden deutschen Staaten. Insbesondere in der Adenauer-Ära unter dem Familienminister Wuermeling erlebten traditionelle Leitbilder und die ideologische Abwertung der Berufstätigkeit von Frauen eine Renaissance, die aus dem Gegenbild der DDR mit einer hohen Frauenerwerbstätigkeit ihre zusätzliche Legitimation bezog. Wieweit sich dieser Mechanismus für den gesamten Bereich der Sozialpolitik nachweisen lässt, ist zwar strittig, aber auch noch wenig erforscht. Ohne Zweifel dienten aber die Errungenschaften oder Defizite im jeweils anderen Staat als Argument, um sozialpolitische Pläne voranzutreiben oder durchzusetzen. So begründete Adenauer die große Rentenreform 1957 unter anderem mit dem Hinweis, man müsse die Bundesrepublik auch sozial attraktiv halten für die „Menschen aus der Zone“. Auf der anderen Seite geriet die SED etwa durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Bundesrepublik unter starken Druck, so dass sie 1967 die Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche zugestand, obwohl die ökonomische Entwicklung das eigentlich noch nicht erlaubte, wie Ulbricht auf dem VII. Parteitag der SED feststellte.

In der Außenpolitik lässt sich ebenfalls eine enge Wechselbeziehung zwischen Ost und West konstatieren. Beide Staaten beanspruchten, das eigentliche, legitime Deutschland zu verkörpern. Die Bundesrepublik leitete daraus – im Hinblick auf die demokratische Legitimation völlig zu Recht – die konsequente Nichtanerkennung der DDR ab (Hallstein-Doktrin), während die DDR als „neues Deutschland“, das mit der Vergangenheit gebrochen habe, die politische Gleichberechtigung forderte und den Zugang nach Osteuropa blockierte (Ulbricht-Doktrin). In der Entwicklungshilfepolitik für afrikanische und asiatische Länder lässt sich diese Konkurrenz zweier deutscher Staaten in der Dritten Welt besonders auffällig beobachten.

Der Mauerbau 1961 ist für die DDR zu Recht als „heimlicher Gründungstag“ bezeichnet worden. Er bildete die Voraussetzung für die Stabilisierung und die Modernisierungsversuche der 60er Jahre. Zunächst war er vor allem eine deprimierende Schockerfahrung für die DDR-Bevölkerung. Mittelfristig gab es aber notgedrungen auch einen fatalen Gewöhnungseffekt an das Unvermeidliche mit Rückzugs- und Privatisierungstendenzen, die Kurt Nowak einmal treffend als Phlegmatisierung charakterisiert hat. Die Bundesrepublik war viel weniger von diesem Einschnitt betroffen. Dennoch lassen sich gravierende Folgen erkennen. Dazu gehörte der abrupte Stopp der Zuwanderung kostenloser qualifizierter Arbeitskräfte. Die Zahlen der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik stiegen als Folge davon sprunghaft an. Auch die lange vor 1968 einsetzende Debatte über die „deutsche Bildungskatastrophe“ (so Georg Picht 1964) lässt sich in diesen erweiterten Kontext stellen. Denn der Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte bis 1961 hatte dazu beigetragen, dass die überfällige Reform des Bildungswesens erheblich verspätet als gesellschaftliches und wirtschaftliches Problem in die Spitze der Prioritätenskala rückte. Für die DDR hat das Bildungswesen aus ökonomischen und politischen Gründen von Anfang an einen deutlich höheren Stellenwert gehabt. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die auffällig veränderte Wahrnehmung in der Bundesrepublik: Bis in die Presse der Arbeitgeber erhielt das ausgebaute und durchlässige Schulsystem der DDR vergleichsweise gute Noten und wurde trotz der politischen Vorbehalte als Kontrast zur Lage in der Bundesrepublik herangezogen.

Zu einem der spannendsten Felder gemeinsamer und getrennter Geschichte gehört das Thema Jugend und Jugendpolitik, das zugleich breite Aufschlüsse über Alltag und Lebensweise bietet. Dorothee Wierling hat in verschiedenen Studien und jetzt in ihrer Darstellung des Jahrgangs 1949 sehr plastisch und in Verbindung von schriftlichen Quellen und lebensgeschichtlichen Interviews dargestellt, wie die Schließung der Grenze nicht nur zu neuen Formen des Arrangements und zu verstärkten Modernisierungsbemühungen führte, sondern auch zu einer anhaltenden „geistigen Republikflucht“, d.h. zu

ausgeprägter Vorliebe der Jugend für westliche Popmusik und die daran geknüpften subkulturellen Lebensstile. Die Politisierung der daraus resultierenden Spannungen verstärkte insbesondere nach dem berüchtigten Kahlschlagplenum des ZK von 1965 die hartnäckigen, aber letztlich erfolglosen Bemühungen der SED, diesen kulturellen Generationskonflikt zu ihren Gunsten zu entscheiden. Die harten Repressionen gegen die Beat-Demonstrationen in Leipzig 1965 gehörten ebenso dazu wie die eher kurios anmutende, im Auftrag des ZK erstellte „Expertise über den Klassenkampf im Bereich des Schlagers“ von 1967. In der Deutung der Erziehungsagenten der Partei blieb die Jugend ein innerer Feind. Die daraus sich ergebende Isolierung führte zu einem weiteren Schwinden des Einflusses auf die Jugend – ein Problem, das auch nach der nur zeitweiligen Liberalisierung der Kulturpolitik zu Beginn der Ära Honecker nicht gelöst werden konnte. Auf diesem Gebiet zeigen sich somit trotz scharfer äußerer Trennung viele Ähnlichkeiten und Parallelen in der Ausbildung einer systemübergreifenden, tendenziell globalen Jugendkultur, die auch im gesamtnationalen Rahmen eine Problematisierung der gemeinsamen Basis und der höchst unterschiedlichen Reaktionen darauf erlaubt.

Abschließend will ich auf zwei weitere wichtige Themenfelder hinweisen, die auf pointierte Weise die Mixtur von Abgrenzung und Verflechtung verdeutlichen: die Arbeiterbewegung und die evangelische Kirche.

Das Beispiel Arbeiterbewegung mag zunächst überraschen, weil die bürgerlich-parlamentarische Republik wenig mit dem „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden“ zu verbinden scheint. Das Thema hat jedoch viele Facetten, von denen nur zwei hier genannt werden sollen: der „Sozialdemokratismus“ als nie gelöstes Problem der SED und der indirekte Einfluss der Existenz eines „Arbeiterstaates“ auf die innere Entwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratismus wurde von der SED nur vage definiert. Darin lag die propagandistische Brauchbarkeit des Begriffs. Das Phänomen war deshalb besonders gefährlich, weil es sich offenbar hartnäckig innerhalb der Arbeiterschaft hielt und auf

besondere Weise die Nähe zur Bundesrepublik mit einer ideologischen und programmatischen Alternative verband. Da SPD und Gewerkschaften bevorzugte Ansprechpartner der deutschlandpolitischen Initiativen der SED waren, wurden die gleichzeitige ideologische Bekämpfung des Sozialdemokratismus in den eigenen Reihen und die Kooperationsbemühungen mit SPD und DGB zu einem einigermaßen schwierigen Balance-Akt, der kaum glaubwürdig gelingen konnte. Als die SPD dann an der Macht war, erwies sich deren neue Ost- und Deutschlandpolitik für die SED als gefährliche Variante der gescheiterten „Politik der Stärke“. Insofern ist es durchaus stimmig, wenn Außenminister Otto Winzer von einer „Aggression auf Filzlatschen“ sprach und Egon Bahr aus seiner Sicht die Politik des „Wandels durch Annäherung“ als eine Spielart des Sozialdemokratismus kennzeichnete.

Während die vielfältigen Bemühungen der SED und ihrer Massenorganisationen, durch „Westarbeit“ unmittelbar den Lauf der Dinge in der Bundesrepublik zu beeinflussen, gemessen am Aufwand grandios scheiterten, war ein anderer und ungewollter Effekt viel wirksamer. Generell schien die Existenz der DDR für den westdeutschen Normalverbraucher plausibel zu belegen, dass alle Wege des Marxismus nach Moskau führten, wie ein berühmtes Wahlplakat von 1953 agitatorisch wirksam suggerierte. In dieser Konstellation des „kalten Bürgerkriegs“ hatten die westlichen Gewerkschafts- und SPD-Führungen den schwierigen Balanceakt zu vollbringen, zentrale programmatische Forderungen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig Distanz zur DDR zu betonen, die das Erbe der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung beanspruchte. Das „Abwerfen von Traditionsballast“ und die Integration der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in die liberale parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik waren unter den gegebenen außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen zweifellos ein langfristig unvermeidlicher Umorientierungsprozess. Dass er vergleichsweise schnell und reibungslos verlief, hing aber auch mit der Teilung des Landes und der abschreckenden Präsentation des „Arbeiterstaates“ jenseits der Grenze zusammen. Insofern lässt sich pointiert argumentieren, dass moderate Gewerkschaftsstrategien und die Go-

desberger Umorientierung der SPD ebenso wie die völlige Marginalisierung der KPD auch der SED zu verdanken waren. Die schwierige Erneuerung der eigenen Tradition der westdeutschen Arbeiterbewegung und der Anspruch auf gesellschaftliche Neuordnung der anfangs nur als restaurativ wahrgenommenen BRD erhielten unter den Bedingungen des Kalten Krieges und der Teilung des Landes einen neuen und dramatischen Akzent.

Schließlich als letztes die Rolle der evangelischen Kirche, an der sich die enge Verschränkung von Gemeinsamkeit und Trennung durch verschiedene Entwicklungsphasen hindurch besonders gut beobachten lässt.

Das politische Erbe des deutschen Protestantismus war widersprüchlich und problematisch. Die nationalkonservative Tradition aus der Verbindung von Thron und Altar im Kaiserreich blieb in der Weimarer Republik dominant und beförderte die partielle Kooperation mit dem Nationalsozialismus, wobei dessen prinzipielle Differenz zum traditionellen Nationalismus viel zu spät und nur von wenigen erkannt wurde.

Die traditionelle Distanz zur demokratischen Staatsform und die Nähe zu nationalistischen Positionen wurde bei so unterschiedlichen Repräsentanten wie Otto Dibelius und Martin Niemöller 1945 zunächst auf erschreckende Weise deutlich. Gleichwohl entwickelte sich seit 1945 aus der Bekennenden Kirche und den Bruderschaften eine gegenläufige Position, die für die Bestimmung des Verhältnisses zu Staat und Politik in beiden Staaten von großer Bedeutung werden sollte.

Gustav Heinemann, Präses der Synode der 1948 in Eisenach als gesamtdeutsche Institution gegründeten EKD, ging 1950 bekanntlich als Innenminister auf Distanz zu Adenauers Kurs der bedingungslosen Westintegration und verließ das Kabinett. Er versuchte mit seiner Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) eine politische Alternative zu formulieren. Obwohl er politisch ein Fiasko erlebte, blieb die gesamtdeutsche Motivation im kirchlichen Lager lange Zeit sehr wirkungsvoll, da es sich hier anders als bei den Katholiken um ein elementares Problem

des deutschen Protestantismus handelte. Zum programmatischen Profil dieses Flügels gehörte auch das Selbstverständnis einer gesellschaftspolitischen Verantwortung der Kirchen in einem säkularen Staat. Das bedeutete zugleich Distanz zum anfangs unter anderem von Dibelius nachdrücklich formulierten Postulat einer „Re-Christianisierung“ der Gesellschaft als Lehre aus der Erfahrung mit den „Dämonen des totalitären Staates“.

Seit Ende der fünfziger Jahre manifestierte sich der gesamtdeutsche Anspruch der EKD zunehmend weniger in der unmittelbaren Forderung nach Wiedervereinigung, sondern eher in symbolischen Gesten der Förderung von Frieden und Verständigung. „In diesem überstaatlichen Verantwortungsbewusstsein“, hat Ulrich Bayer festgestellt, „wurde ein Stück deutscher Identität sichtbar, die ... gleichsam eine Art ‚Nationalität höherer Ordnung‘ intendierte.“ In der Gründung der „Aktion Sühnezeichen“ und der gemeinsamen Durchführung der Initiative „Brot für die Welt“ in beiden Staaten sollte diese Form der kollektiven Identität unter anderem ihren Ausdruck finden die überdies den nationalen Rahmen überschritt.

In der DDR verliefen die Fronten teils ähnlich, teils völlig anders als in der Bundesrepublik, so dass die EKD als gesamtdeutsche Institution schließlich zu Stellungnahmen gezwungen wurde, die der Frage nach nationaler Identität auch politisch einen anderen Stellenwert gab.

Die harten Konflikte um die Jugendweihe, die Schulpolitik und den von der gesamten EKD 1957 unterzeichneten Militärseelsorgevertrag trieben die Kirche in der DDR immer mehr in die Enge und tangierten damit die EKD insgesamt. Erst mit dem Mauerbau 1961 wurden durch äußere Gewalt neue kirchenpolitische Überlegungen erzwungen.

Schon 1957 hatte der Militärseelsorgevertrag zum Bruch zwischen SED und Kirchenführung geführt. Die vorsichtige Andeutung einer Tolerierung des sozialistischen Systems in der Beratung der Kirchenführung und Grotewohls 1958 brachte keine nennenswerte Entspannung. Massive schulpolitische

Diskriminierung von Christen durch die SED förderte einerseits die Abwendung der Bevölkerung von der Kirche, erschwerte aber andererseits auch alle gutgemeinten Versuche einer Öffnung christlicher DDR-Bürger gegenüber ihrem atheistischen Staat.

Das grundsätzliche Dilemma der DDR-Kirche zeichnete sich aber bereits Ende der fünfziger Jahre ab: Vertrat sie eine klare Linie der Verweigerung, drohte sie zur Sekte zu schrumpfen und damit das SED-Ziel einer Kultusgemeinschaft unfreiwillig zu erfüllen. Wollte sie dagegen weiter eine institutionelle Rolle spielen und damit auch ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht werden, war sie zu Konzessionen gegenüber dem SED-Staat gezwungen.

Wir wissen mittlerweile viel genauer als vor 1989, dass die unerledigte „nationale Frage“ für die SED ein politisches Trauma und permanentes Ärgernis bildete, so sehr diese sich im Westen auch in floskelhaften Bekenntnissen oder mehr oder minder inhaltsleeren Ritualen aufgelöst hatte. Gerade diese Situation machte es für die evangelische Kirche in der DDR besonders schwierig, nationale Dimensionen anzusprechen. 1987 stellte ein Stasi-Bericht fest: „Nach dem historisch bedeutsamen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker in der BRD muss auch dem Letzten klar werden, so wie es weltweit verstanden wird, dass ein endgültiger Schlusspunkt unter gesamtdeutschen Spekulationen gesetzt wird, dass Träumereien an deutschen Kaminen keinen Sinn haben, dass sich Sozialismus und Kapitalismus ebenso wenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser.“

Andererseits gab es auf der Basis organisatorischer Trennung des BEK von der EKD unzweifelhaft eine Intensivierung der deutsch-deutschen Kooperation auf allen Ebenen, auch denen der Kirche. Zudem hingen die DDR-Landeskirchen finanziell in erheblichem Ausmaß am Tropf der Westkirchen. Der durchschnittliche Anteil westlicher Hilfe für die landeskirchlichen Haushalte wird auf mindestens 30 Prozent angegeben. Da das Devisen brachte, akzeptierte die SED diesen für sie unerfreu-

lichen und eigentlich inakzeptablen Zustand. Die „Besondere Gemeinschaft“ war also keineswegs nur theologisch-geistlicher Natur, auch wenn sie primär so gedacht war.

Aufschlussreich für die flexible und sicher auch schillernde Interpretation der „Besonderen Gemeinschaft“ scheint mir die Rede zu sein, die Manfred Stolpe im März 1984 in der Evangelischen Akademie in Tutzing bei der Frühjahrstagung des „Politischen Clubs“ hielt. Vergewenwärtigt man sich Stolpes Position als Konsistorialpräsident, den deutschlandpolitisch traditionsreichen Ort Tutzing (hier hatte Egon Bahr 1963 seine programmatische Rede gehalten) und die Rücksicht, die Stolpe angesichts seines Auftritts im „westlichen Ausland“ zu nehmen hatte, so erhalten seine Ausführungen ein besonderes Gewicht.

Stolpes Rede war ein deutliches politisches Plädoyer für ein „geregeltes Nebeneinander“ beider deutscher Staaten. „Besondere Gemeinschaft“ verstand er primär als Beitrag der Kirchen zur Stabilität beider deutscher Staaten für die Sicherung des Frieden. Sehr vage heißt es, beide sollten, ohne den eigenen Standort aufzugeben, „im Dialog Impulse zur Selbstklärung empfangen.“ Wesentlicher Bezugspunkt war die gemeinsame Vergangenheit, die Kriegsschuld und die daraus resultierende „Haftungsgemeinschaft“. Der Dialog der Kirchen als selbständige und unabhängige Partner wurde als Modell des deutsch-deutschen politischen Dialogs begriffen. Diese vage Perspektive verband Stolpe dann aber mit einer deutlichen Warnung vor falschen Träumen und kam damit auf das Kernproblem der Nation.

„In der Bundesrepublik wird heute von zunehmendem Nationalbewusstsein geredet. Man hört, die deutsche Einheit komme bestimmt, und über eine gesamtdeutsche Nation wird intensiv nachgedacht.“

Ich möchte warnen. Vielleicht hat man in der Bundesrepublik einen Nachholbedarf zur Besinnung auf die deutsche Verantwortung. Wir haben in der DDR keine Probleme mit unserem Deutschsein. Ich bin auch sicher, dass wir nicht nur uns ge-

meint haben, wenn wir von Deutschen oder Deutschland sprachen. Ich kann mir nur überhaupt nicht vorstellen, wer etwas davon haben soll, wenn zum Beispiel darüber gestritten wird, ob die Deutschen in ihren beiden Staaten zu einer Nation gehören. [...] Der Begriff Nation ist von der Definition abhängig, und das wird unterschiedlich möglich und kann nicht friedensfördernd sein. Die Nationalität hingegen ist trotz unterschiedlicher Staatsangehörigkeit unbestritten deutsch. Das Adjektiv deutsch beschreibt einen realen Sachverhalt. Begriffe wie Nation und Wiedervereinigung hingegen stiften Unruhe und lösen Ängste aus. Nicht zuletzt bei allen Nachbarn. Ich kenne jedenfalls dort niemanden, der entsprechenden Plänen ruhig zusehen würde. Das fürchten viele mit Recht, mehr als die Raketen. Und zudem ist es auf alle absehbare Zeit auch völlig unrealistisch.“

Die Rede kann als ein repräsentatives Beispiel kirchlicher Positionen in der DDR gelten. Bischof Schönherr's Rede in der Vortragsreihe in München 1985 wäre ein weiteres. Sie spiegeln die spezifische Schwierigkeit der westlichen Deutschlandpolitik und sollten auch so verstanden werden: Nationale Identität bedeutete Verzicht auf die Wiederherstellung eines deutschen Einheitsstaates, aber Festhalten an einer historisch und nicht zuletzt kirchlich gewachsenen deutschen Nationalität und Identität.

Beide Kirchen in Ost und West erlagen, so lässt sich von heute aus leicht feststellen, mehrheitlich dem gleichen historischen Irrtum wie Politiker, Historiker und Publizisten, indem sie die nationale Frage in ihrem traditionellen Verständnis für erledigt hielten. Dieser Irrtum war jedoch, so könnte man paradox formulieren, politisch notwendig, um Handlungsspielraum zu erreichen. Dass Politiker und Kirchen mit der nationalen Frage 1990 auf völlig überraschende Weise wieder konfrontiert wurden, entwertet nicht die vielfältigen Bemühungen um ein komplexes und situationsangemessenes Verständnis von nationaler Identität, die eben keine statische Größe ist und sich in vierzig Jahren geteilter deutscher und europäischer Nachkriegsgeschichte in unterschiedlichen Formen ausgeprägt hat.

Dieser Sachverhalt muss in der Historiographie einen zentralen Stellenwert erhalten.

#### IV.

Deutsche Nachkriegsgeschichte wird zukünftig anders geschrieben werden müssen als bis 1990, auch wenn Teilgeschichten und Spezialuntersuchungen selbstverständlich weiter ihren legitimen Platz haben. Im Mittelpunkt sollte dabei nicht die traditionelle „deutsche Frage“ stehen, wie sie von der Kultusminister-Konferenz 1978 gefordert wurde und heftige Kontroversen auslöste. Von außen betrachtete Verlaufs- und Strukturgeschichte sollte mit einer Erfahrungsgeschichte unterschiedlicher Generationen und Gruppen verbunden werden, die sich nicht ohne weiteres mit der rückblickenden Analyse deckt. Das führt nicht zu postmoderner Beliebigkeit und auch nicht zur Rückkehr einer poetischen Geschichtserzählung, die offenbar Stefan Wolle (in seiner jüngsten Abrechnung mit der akademischen Zunft) vorschwebt. Diese Mehrdimensionalität bietet aber die Chance auf größere Akzeptanz eines Gesamtkonzepts, in dem sich unterschiedliche Erfahrungen zumindest ansatzweise wiederfinden. Wie so etwas aussehen kann, ist noch weitgehend offen. Peter Graf Kielmansegg hat in seiner eben erschienenen großen Darstellung den Versuch einer Verklammerung gemacht.

Auf dem Berliner Geschichtsforum im Mai 1999 ist in einer Sektion ausführlich über solche konzeptionellen Probleme diskutiert worden. Neben Spiegelgeschichte, Kontrastgeschichte, asymmetrisch verflochtener Beziehungsgeschichte ist dabei auch eine systematische Problemgeschichte vorgeschlagen worden. Gemeinsame Problemlagen und differierende Lösungen – das war auch das Konzept des Deutschland-Handbuchs, das 1989 zum 40. Jahrestag der Gründung der beiden Staaten erschien. Keines dieser Konzepte geht glatt auf. Schon an der Periodisierung scheitert eine durchgehende gemeinsame Nachkriegsgeschichte beider Staaten und Gesellschaften. Die erörterten thematischen Felder können als Ansatzpunkte dienen, um die Leitfrage nach Abgrenzung und

Verflechtung konkret umzusetzen. Während sich jedoch die Phase der Besatzungszeit noch gesamtdeutsch entlang außenpolitischer und sozialer Konstellationen und Probleme darstellen lässt, laufen für die vier Jahrzehnte der Zweistaatlichkeit die Entwicklungslinien so weit auseinander, dass sie sich nicht in ein gemeinsames chronologisches Schema pressen lassen. Eine Periodisierung sollte somit nach den jeweils besonders gewichtigen Daten – die ihrerseits meist strittig sind – erfolgen. Als gemeinsamer Rahmen lassen sich jedoch durchgängig drei übergeordnete Bezugfelder erkennen, die der deutschen Nachkriegsgeschichte im Vergleich zu ost- und westeuropäischen Nachbarländern ihr spezifisches Profil geben.

1. Der Ost-West-Konflikt als globale Konfrontation mit unterschiedlichen Entwicklungsphasen als Determinante.
2. Die relative Eigenständigkeit und die Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume beider deutscher Staaten.
3. Die Besonderheit der Verklammerung, Abgrenzung und Wechselbeziehung beider Staaten und Gesellschaften.

In einem solchen Konzept müssen Demokratie- und Diktaturgeschichte, Erfolgs- und Verfallsgeschichte ohne lineare Teleologie verbunden werden. Wie das möglich ist, bedarf noch vieler Diskussionen. Kielmanseggs Ausgangspunkt, die Katastrophe von 1945 als Chance, scheint mir richtig. „Die beiden so gänzlich ungleichen Hälften“, schreibt er, „haben viel miteinander zu tun. Es war die Katastrophe, die Deutschland demokratiefähig gemacht hat. Es war die Katastrophe, die Deutschland gelehrt hat, sich in die europäische Staatengesellschaft einzufügen. Es war die Katastrophe, die Deutschland gezwungen hat, sich selbst neu zu definieren. Das heißt nicht, daß das Gelingen deutscher Geschichte in der zweiten Jahrhunderthälfte im vollständigen Scheitern, das ihm vorausging, schon angelegt gewesen sei. Die Katastrophe war nur eine notwendige, sie war keine hinreichende Bedingung des Lernens.“ Er unterstreicht, dass die Folgelasten vor allem die Ostdeutschen zu tragen hatten. Die extreme und willkürliche Ungleichverteilung dieser Lasten ist daher eines der Grundprobleme der deutschen Geschichte nach dem 8. Mai 1945.

Dies ist für mich ein überzeugender Ansatz. Er ist stark aus der Vogelperspektive formuliert und bietet wenig konkrete Hinweise auf spezifische Formen der Abgrenzung und Verklammerung, auf deutlich zu unterscheidende Entwicklungsstapen und generationelle Erfahrungen, die noch nicht vom Scheitern der DDR bestimmt waren. Das Konzept lässt aber problemlos unterschiedliche „Ausfüllungen“ und Umsetzungen zu, es wertet die Zäsur von 1945 gegenüber der von 1989/90 wieder auf, erinnert alle Deutschen an ihren gemeinsamen Ausgangspunkt vor der Teilung. Das schwierige Problem, wie aus einer getrennten Vergangenheit eine akzeptierte gemeinsame Geschichte wird, ist damit nicht gelöst, aber einer Lösung näher gebracht.